

direkt 9

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

KAPITALBETEILIGUNG

Verzicht muss sich lohnen

Seite 2

RENTE

Die »67« wackelt auch bei Politikern

Seite 3

GUTES LEBEN

Befragung: Was die Menschen bewegt

Seite 4 und 5

AUFSICHTSRAT

Managergehälter auch nach Leistung

Seite 6

GUT GEMACHT!

Kürzer arbeiten – nur bei weniger Arbeit

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Praxisgebühr nicht verfassungswidrig

Seite 7

ZU GUTER LETZT

Kurzarbeitergeld ausrechnen

Seite 8

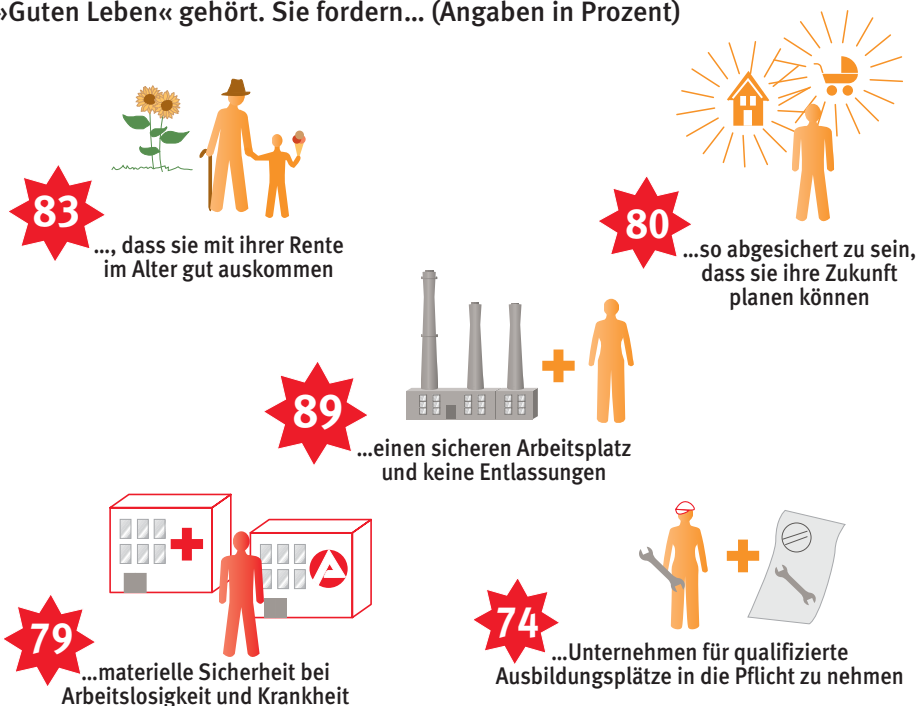
Gutes Leben

Politik muss Lücke schließen

Die Menschen wollen sichere Arbeitsplätze und lehnen die Rente mit 67 ab. Für IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber klafft eine Lücke zwischen politischem Handeln und den Bedürfnissen der Menschen. Daher fordert die IG Metall: »Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen.« | **Mehr auf den Seiten 4 und 5 »**

Ein sicherer Arbeitsplatz und keine Entlassungen

Mehr als 450 000 Menschen haben gesagt, was für sie zu einem »Guten Leben« gehört. Sie fordern... (Angaben in Prozent)



Quelle: IG Metall

© direkt 9 | 2009

E-Paper

Neu: direkt als elektronische Version

Die direkt gibt es jetzt auch als elektronische Zeitung. Abonnenten des E-Papers können sie zwei Tage früher lesen. Darüberhinaus bietet die elektronische Version viele Funktionen zum Anhören und Anklicken. | www.extranet.igmetall.de

Verzicht muss sich lohnen – Wie die Krise Beschäftigte zu Miteigentümern macht

Opel will es tun und Schaeffler will es auch tun. Kapital in Arbeitnehmerhand – in der Krise kommt das Instrument der Mitarbeiterkapitalbeteiligung anscheinend in Mode. Wenn Beschäftigte schon auf Lohn verzichten, sollen sie dafür auch eine Gegenleistung bekommen. Doch so schnell werden aus Arbeitnehmern keine Eigentümer.

Jan Heinrich, BR-Vorsitzender, PFW Aerospace, Speyer:

»Ob eine Kapitalbeteiligung gut oder schlecht ist, lässt sich nicht so einfach sagen. Es kommt darauf an, warum sich Arbeitnehmer an ihrem Betrieb beteiligen. Als wir das gemacht haben, ging es für unseren Betrieb ums Überleben und um die Option, dass wir unseren Verzicht zurückbekommen. Das hat geklappt. Aber mehr Einfluss auf die Unternehmenspolitik hatten wir nicht.«



Foto: privat

Norbert Lenhard, GBR-Vorsitzender, Schaeffler:

»In jeder Krise verzichten Beschäftigte auf die ein oder andere Weise. Aber nach der Krise – wenn die Gewinne wieder fließen – kassieren nur die Anteilseigner. Diese Logik ist nicht plausibel. Wenn Arbeitnehmer auf Lohn verzichten müssen, um ihren Arbeitsplatz zu retten, müssen sie auch beteiligt werden. Nach der Krise darf es nicht weitergehen wie vorher.«



Foto: Werner Bachmeier

Erich Klemm, GBR-Vorsitzender, Daimler, Sindelfingen:

»Geldansprüche der Beschäftigten auf einer gesicherten Basis in Anteile am Unternehmen umzuwandeln, ist durchaus eine zukunftsweisende Strategie in der Krise. Auf jeden Fall ist es vernünftiger, als das Geld unter Druck ohne Gegenleistung herzugeben. Aber auch jenseits der Krise kann es eine sinnvolle Strategie im Interesse der Arbeitnehmer sein.«



Foto: Daimler

Norbert Schulze, GBR-Vorsitzender, Lemken GmbH, Alpen:

»In der Krise zeigt sich, ob eine Unternehmenskultur gut oder schlecht ist und sich das gemeinsame Denken und Handeln in wirksame Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen ausdrückt. Unser Erfolgsbeteiligungsmodell hilft bei der Überbrückung und Vermeidung der Finanzkrise mit. So verschiebt zum Beispiel der Anpassungszeitpunkt deutlich nach Hinten.«



Foto: privat

Wenn Unternehmen in Schieflage geraten und von Beschäftigten Verzicht fordern, stellt sich die Frage: Welche Gegenleistung bekommen Arbeitnehmer dafür? Verzicht gegen finanzielle Beteiligung heißt eine mögliche Antwort.

Zwar ist das Instrument für Arbeitnehmer nicht ohne Risiko. Wer sein Geld bei seinem Arbeitgeber anlegt, verliert bei einer Pleite Job und Kapital. Doch es herrscht Krise und darum muss aus Sicht der IG Metall jedes Instrument geprüft werden. Es kann schließlich nicht sein, dass Arbeitnehmer durch Verzicht zwar ihren Job und auch den Betrieb retten, aber wenn es wieder aufwärts geht, andere den Gewinn einstreichen.

»Doch bevor die Idee umgesetzt werden kann, will die IG Metall von den Mitgliedern in den betroffenen Unternehmen wissen, was sie von einer Beteiligung halten«, erklärt Jochen Homburg, beim Vorstand

der IG Metall zuständig für Betriebs- und Mitbestimmungspolitik. Und so schnell wird aus einem Arbeitnehmer sowieso kein Eigentümer. »Bei einer Aktiengesellschaft funktioniert das vielleicht noch. Bei Personengesellschaften ist es schwieriger«, sagt Homburg. »Bei Schaeffler arbeiten in Deutschland 34000 Menschen. Die müssten als Miteigentümer eingetragen werden. Dafür braucht man andere Modelle.« Ob eine Beteiligung infrage kommt, muss in jedem Fall einzeln geprüft werden.

Mehr Beteiligung. Zwar könnten Beschäftigte auf diesem Weg vielleicht mehr Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen, wenn sie etwa als Anteilseigner mit dem Vorstand über wirtschaftliche Strategien diskutieren. Homburg sieht darin aber lediglich eine Ergänzung der Mitbestimmung. »Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann nur ein Instrument in Ausnahmefällen sein.« ■

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall; **Herausgeber:** Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler; IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; **Bildredaktion:** Michael Schinck
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24, Fax: 069-66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de
Druck: apm AG, Darmstadt; **Anzeigen:** Petra Wedel, Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-89 30 98, info@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
Telefon der Redaktion: 0800-446 38 25, Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: direkt@igmetall.de
Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Krise zeigt: Rente mit 67 gehört auf den Prüfstand

Die Krise hat die Arbeitslosigkeit unter Älteren spürbar ansteigen lassen. Die IG Metall-Vorstandsmitglieder Berthold Huber und Hans-Jürgen Urban fordern, die Rente mit 67 jetzt auszusetzen. Inzwischen stellen auch Politiker die »67« in Frage.

Es ist Bewegung in die Debatte um die Rente mit 67 gekommen. Seit SPD-Politiker Florian Pronold und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD sich gegen sie ausgesprochen haben, ist sie auch in Berlin Thema. Aber noch beharren SPD-Spitze und Union auf ihrer »Reform«. Von 2012 an sollen Arbeitnehmer schrittweise länger arbeiten, ab 2029 bis 67.

Als die Koalition 2007 die Rente mit 67 beschloss, baute sie eine Klausel ein. Nach dieser muss das Gesetz ab 2010 regelmäßig mit Blick auf die Arbeitsmarktchancen für die Älteren überprüft werden. Die Klausel sollte den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die sagten: Ein späterer Rentenbeginn ist wirklichkeitsfern, er führt nur dazu, dass die Menschen – mit hohen Abschlägen – früher in Rente gehen müssen. Und sie ist also in Wirklichkeit eine versteckte Rentenkürzung.

Prüfen. Die aktuelle Krise bietet allen Grund, die »Reform« auf den Prüfstand zu stellen. Denn die Beschäftigungslage verschlechtert sich zurzeit für Ältere erheblich, wie die Grafik zeigt. »Sie war von Anfang an eine Fehlentscheidung«, sagt Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für die Sozialpolitik zuständig ist, »jetzt in der Krise umso mehr.« Es sei höchste Zeit, dass die »Politik die Realitäten in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt anerkennt und sich von der Rente mit 67 verabschiedet«.

Material

Die Brücke

Aussetzen der Rente mit 67 – diese Forderung ist Teil des »Sofortpakets Beschäftigungsbrücke« der IG Metall. Weitere Punkte darin: Abschlagfreie Rente ab 60 nach 40 Versicherungsjahren; öffentliche Förderung der Alterszeit, bis 36 Monate Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose.

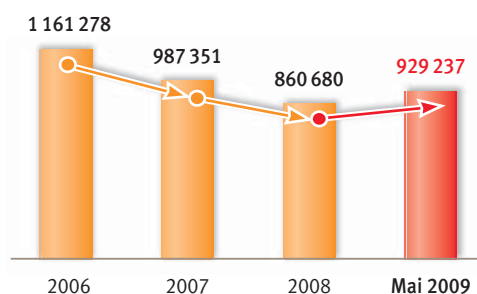
► www.extranet.igmetall.de
→ Themen
→ Soziales

Zu den betrieblichen Realitäten gehört auch steigender Arbeits- und Leistungsdruck. Nach der neuesten Umfrage des »DGB-Index Gute Arbeit« glauben nur 39 Prozent der Befragten bis 25 Jahre, ihre Arbeit bis zur Rente machen zu können. Und unter Leiharbeitern und Arbeitnehmern mit befristeten Verträgen sind es sogar nur 35 Prozent.

Bezahlbar. Um die Rente mit 65 beizubehalten, müsste der Beitragssatz in der Rentenversicherung laut Regierung bis 2030 um nur 0,5 Prozentpunkte steigen. Die Rente mit 67 wäre weit schwieriger zu bewerkstelligen: Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnet hat, wären 1,2 Millionen bis drei Millionen zusätzliche Stellen nötig, um die Erwerbstätigen bis 67 zu beschäftigen – zumindest dann, wenn ihr längeres Arbeiten nicht bewirken soll, dass noch mehr junge Menschen ohne Arbeit dastehen. ■

Krise: Fast 70 000 Ältere mehr arbeitslos

Bis 2008 ging die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre zurück. Dieses Jahr stieg ihre Zahl wieder stark an.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© direkt 9 | 2009

EDS

Kompromiss erkämpft

Beim Computerdienstleister EDS werden deutlich weniger Menschen entlassen als angekündigt. In einem fünf-wöchigen Streik erkämpfte die Belegschaft einen Kompromiss mit dem Management. Statt der geplanten 839 betriebsbedingten Kündigungen soll es nur noch maximal 300 geben – und auch erst ab Oktober. Insgesamt können höchsten 500 Stellen gestrichen werden. ■

Die Chronik des Streiks:

- www.extranet.igmetall.de
- Branchen
- Aktuelles aus den Betrieben

ELEKTROHANDWERK

Sommer mit mehr Geld

Seit Mai erhalten die Elektrohandwerker in Hessen und Rheinland-Pfalz zwei Prozent mehr Geld, ab März 2010 weitere zwei Prozent. Von August an steigen die Tarifentgelte für die rund 60 000 Handwerker in Nordrhein-Westfalen: um 2,65 Prozent – bis Januar 2011. Noch keinen Abschluss gibt es in Baden-Württemberg, dem vierten Bundesland, in dem die IG Metall noch Flächentarifverträge abschließen kann. ■

INDUSTRIEPOLITIK

Über die Krise retten

In Deutschland hängt jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Industrie ab. Bricht diese Basis in der Krise weg, wird sie sich kaum wieder beleben lassen. Deshalb fordern IG Metall und IG BCE die Politik auf, nicht tatenlos zuzuschauen, wenn wichtige Industrien in Gefahr geraten. ■

Die Erklärung im Wortlaut:

- www.extranet.igmetall.de
- Themen
- Wirtschaft

Ins Schwarze getroffen: Die IG Metall spricht an, was viele Menschen bewegt

Die IG Metall hat gefragt, und mehr als 450 000 Menschen haben geantwortet. »Deine Stimme für ein Gutes Leben« ist die größte Beschäftigtenbefragung, die je eine Gewerkschaft gemacht hat. Ein Ergebnis, das vor allem auf dem Einsatz vieler Vertrauensleute und Betriebsräte beruht. Denn viele Fragebögen kamen aus den Betrieben zurück.

Nur wenige Monate vor der Bundestagswahl und mitten in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten wollte die IG Metall von den Menschen wissen, was sich ändern muss. »Deine Stimme für ein Gutes Leben« hieß das Motto der Befragung, an der sich weit mehr als 450 000 Menschen beteiligten. Aus dem Votum ergeben sich fünf zentrale Botschaften: Die Menschen wünschen sich sichere und faire Arbeit, eine gute Zukunft für die eigenen Kinder, Arbeit und Leben besser miteinander verbinden zu können, mehr Gerechtigkeit und Sicherheit im Alter.

Sicher und gerecht. An erster Stelle steht für die Befragten ein sicherer Arbeitsplatz. Mit fast 90 Prozent erreichte diese Forderung die größte Zustimmung, was jedoch angesichts der Krise nicht verwundert. Erstaunlicher ist aber, dass viele Menschen trotzdem weiterdenken. Für gut drei Viertel der Befragten ist es sehr wichtig, dass Leistung am Arbeitsplatz anerkannt wird. Und zwei Drittel wünschen sich Arbeit, die auch Spaß macht.

Auf Tour

Truck vor Ort

Die »Gutes-Leben-Tour« geht noch bis September. Auf dem Truck der IG Metall werden die Ergebnisse präsentiert. Aktuelle Tourdaten unter:

► www.gutes-leben.de
→ Vor Ort

Ergebnisse

Mehr zu den Ergebnissen gibt es auch auf der Kampagnenseite:

► www.gutes-leben.de

Zwar stießen die meisten Aussagen auf große Zustimmung. Allerdings variierte es nach bestimmten Gruppen. Rentner und Arbeitslose bewegt mehr als andere, dass es zwischen Arm und Reich gerecht zugeht. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fordern dagegen mehr als der Durchschnitt, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. Leiharbeitern, Befristeten und Erwerbslosen liegt ein gesetzlicher Mindestlohn besonders am Herzen. Frauen drückt der Schuh beim Thema Kinderbetreuung etwas mehr als Männer. Und Rentner setzen sich besonders häufig für gute Ausbildung ein – also vor allem für junge Menschen.

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, sieht die Positionen der IG Metall durch die große Zustimmung bestätigt. »Wir haben ganz offensichtlich das angesprochen, was die Menschen am meisten bewegt.« Das gute Ergebnis beruhe vor allem auch auf dem großen Engagement vieler Betriebsräte und Vertrauensleute. »Die Beschäftigten erkennen uns nicht nur als ihre Interessenvertreter an«,

schließt Wetzel daraus. »Sie trauen der IG Metall zu, ihre Forderungen an die Politik weiterzugeben und ihnen eine unüberhörbare Stimme zu verleihen.« Die IG Metall stellt diese Forderung nicht als politischer Gegner, sondern als große und starke Gewerkschaft, die mehr Mitglieder zählt als alle politischen Parteien zusammen.

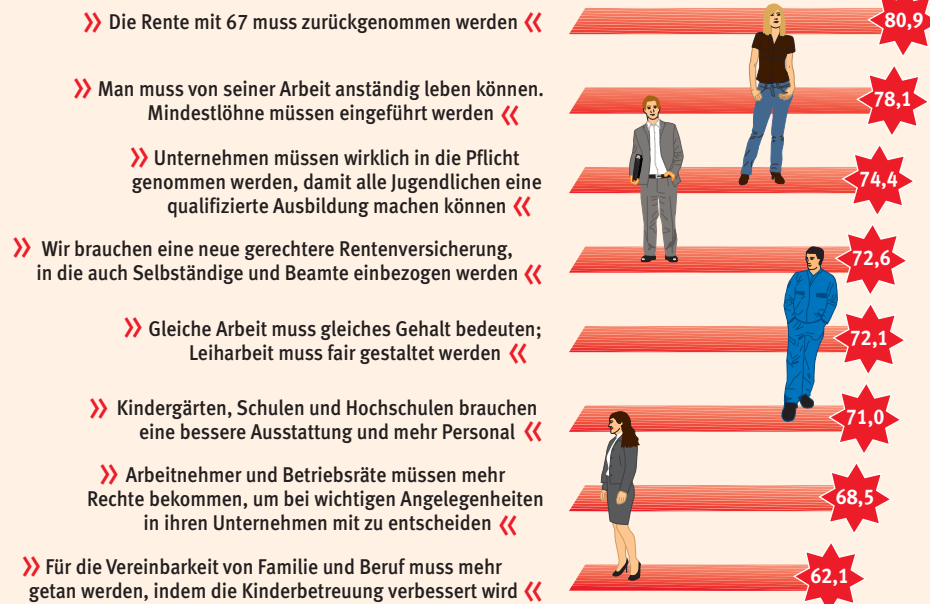
Die Messlatte steht. Aus dem großen Vertrauen, das die Menschen der IG Metall entgegengebracht haben, folgt für Detlef Wetzel nun eine Verantwortung. »Wir werden alles dafür tun, damit die Interessen der Menschen nicht auf der Strecke bleiben.« Mit diesen Forderungen wird die Gewerkschaft Parteien und ihre Kandidaten vor und nach der Wahl konfrontieren. Auch die Vertrauensleute und Betriebsräte können die Ergebnisse nutzen, um ihren Bundestagskandidaten in der Region auf den Zahn zu fühlen. Und nach der Bundestagswahl geht es weiter. Mit diesen Forderungen muss sich auch eine künftige Regierung auseinandersetzen. ■

»Nerv getroffen.

Die Menschen trauen uns zu, ihnen eine unüberhörbare Stimme zu verleihen.«

Anforderungen an die Politik

Dem stimmen zu...



Quelle: IG Metall

★ = Prozentwerte für »stimme voll und ganz zu«

© direkt 9 | 2009

Wirtschaft und Betrieb

Dem stimmen zu...



Quelle: IG Metall

★ = Prozentwerte für »stimme voll und ganz zu«

© direkt 9 | 2009

Vormerken!

❖ Liegen lassen

■ Unter's Volk bringen

Die Menschen haben ihre Meinung gesagt. Jetzt kann jeder sie weiterverbreiten. Wie das geht? Einfach die nächste Kampagnenzeitung »Gutes Leben Kompakt« (erscheint Anfang September) bestellen und an öffentlichen Orten wie Praxen oder Kneipen »liegen lassen« oder an Freunde verteilen. ■ 50er-Pakete hier bestellen:

► Kampagne@igmetall.de
Tel.: 069-66 93-22 85

❖ E-Card

■ Politiker fragen

Was ändert sich nach der Bundestagswahl? Diese Frage kann jeder seinem Bundestagskandidaten oder seiner Kandidatin stellen. Im Internet bietet die IG Metall eine elektronische Postkarte an. Einfach Bundesland, Wahlkreis und Politiker auswählen und die Karte abschicken. ■

Zur E-Card geht's hier lang:

► www.gutes-leben.de/e-card-aktion



Foto: Commerzbank-Arena

❖ »Wir treffen uns in Frankfurt«

Vor der Oper und in der Arena ist was los

Der Termin ist ein Muss für alle, die für ein Gutes Leben streiten wollen. Am 5. September treffen sich mehrere 10 000 Menschen in Frankfurt. Der Tag beginnt um 10 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Opernplatz. Um 13 Uhr geht es in der Commerzbank-Arena weiter mit Programm, Musik und Kabarett. Die Anreise organisieren die Verwaltungsstellen. ■

❖ VW-GESETZ

Unterschriftensammlung

Die Beschäftigten von Volkswagen stehen hinter dem VW-Gesetz. Auf der Basis einer Unterschriftensammlung forderten rund 166 000 VW-Mitarbeiter aus ganz Europa die EU-Kommission auf, das VW-Gesetz nicht anzutasten. Denn Arbeitnehmerrechte müssten in Europa mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die von der EU verfochtene Freiheit des Geldflusses, sagte Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bernd Osterloh bei der Übergabe der Unterschriften in Brüssel. ■

❖ FACHTAGUNG

Berufsbildung als Motor

Bei einer IG Metall-Tagung Mitte Juni in Magdeburg diskutierten Experten aus Betrieb und Wissenschaft über »Berufsbildung als Innovationsmotor«. Fazit: Eine moderne, Berufsbildung mit einer ganzheitlichen dualen Ausbildung kompensiert den »Akademikermangel« – und ist ein Wettbewerbsvorteil. Bericht, Infos, Podcasts unter:

► www.igmetall-wap.de

→ Suchen → »Magdeburg«

Den ausufernden Gehältern von Managern Grenzen setzen

Viele Forderungen der IG Metall sind in das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) eingeflossen. Fantasiegehälter für Manager ohne Bezug zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens sind jetzt passé.

Im Juni hat der Bundestag das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) verabschiedet. Wichtigste Neuerung: Die Höhe der Vorstandsbezüge legt der gesamte Aufsichtsrat fest. Bisher wurde darüber im Personalausschuss oder im Präsidium entschieden. Das neue Gesetz verpflichtet die Aufsichtsratsmitglieder dazu, Vorstandsbezüge herabzusetzen, wenn das Unternehmen Verluste macht und Beschäftigte entlässt.

Mehr Transparenz. Durch das neue Gesetz entsteht wesentlich mehr Transparenz. Die Aufsichtsräte haben mehr Verantwortung und können zu Schadensersatz verpflichtet werden. Sie dürfen keine unangemessen hohen Gehälter für Vorstände festlegen. Die Ver-

gütungsstruktur soll sich an der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens ausrichten. Gehälter sollen die branchen- oder landesübliche Vergütung nicht übersteigen.

Nicht erreicht wurde eine Begrenzung der Aufsichtsratsmandate. Die IG Metall hält mehr als zwei Aufsichtsratsposten nicht für sinnvoll. Leider gelten die neuen gesetzlichen Regeln nicht für alle Unternehmen, wie von den Gewerkschaften gefordert, sondern nur für börsennotierte.

»Insgesamt berücksichtigt das Gesetz wesentliche Forderungen von uns«, sagte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. »Die neuen Vorschriften bieten die Chance, den ausufernden Vorstandsgehältern jetzt endlich Einhalt zu gebieten.«

Material

❖ Newsletter

Mehr zu den Regelungen des Gesetzes im aktuellen Newsletter:

► www.extranet.igmetall.de
→ Aktive
→ Aufsichtsrat

❖ Schulungen

bei der Mitbestimmungsakademie:
► www.extranet.igmetall.de

Gut gemacht!

Damit in der Krise die Gesundheit nicht auf der Strecke bleibt

Arbeitszeitreduzierung in der Entwicklung bei Bosch gibt es nur mit entsprechender Senkung des Arbeitsvolumens.

»Eine gute Lösung für eine gewisse Zeit«, nennt Betriebsrat Karsten vom Bruch die Vereinbarung bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach. Die Mitarbeiter im Diesel-Entwicklungsbereich reduzieren die Arbeitszeit um 2,5 Stunden und bauen Zeitkonten ab. Grund ist akuter Sparzwang auch im Entwicklungsbereich. Der Betriebsrat hat der Absen-

kung des Arbeitszeit nur zugestimmt, weil auch das Arbeitsvolumen reduziert wurde. Stress durch Arbeitsverdichtung soll damit vermieden werden. Aussichtsreiche Entwicklungsprojekte laufen weiter, um die Innovationskraft des Unternehmens zu erhalten. »Wichtig war die Abstimmung mit den Vertrauensleuten, die

❖ Betriebsbeispiele

Die Engineering-Tagung der IG Metall in Hamburg beschäftigte sich mit weiteren betrieblichen Beispielen unter dem Motto »Zukunft sichern – Innovationskraft stärken«:
► www.engineering-igmetall.de

dem Betriebsrat ein Verhandlungsmandat gegeben haben«, sagt vom Bruch. Schließstage gibt es vorrangig auf individueller Basis und nur in begrenztem Umfang kollektiv. »Wir konnten die Firma von unrealistischen Forderungen abbringen und mit Hilfe der IG Metall einen breit akzeptierten Kompromiss erreichen.« ■

ARBEITSVERTRAG

Bei Arbeitsbedingungen keine Willkür zulassen

Behält sich ein Arbeitgeber das Recht vor, den größten Teil der Arbeitsbedingungen jederzeit einseitig zu ändern, benachteiligt ein solcher Vertrag den Arbeitnehmer in unangemessener Weise. Ein solches unzulässiges Vertragsänderungsrecht des Arbeitgebers liegt vor, wenn der Arbeitsvertrag beispielsweise auf die jeweils gültige Fassung eines Regelwerks, wie die allgemeinen Anstellungsbedingungen des Arbeitgebers, verweist.

Arbeitnehmer werden dann unangemessen benachteiligt, wenn etwa der Arbeitgeber mit Ausnahme von Arbeitszeit und Grundvergütung sämtliche Arbeitsbedingungen ohne Angabe von Gründen einseitig ändern kann. In einem solchen Fall dürfen durch diese Regelung Weihnachtsgeld oder Zuschläge nicht einfach gestrichen werden. ■

BAG vom 11. Februar 2009
– 10 AZR 222/08

ELTERNGELD

Mehr Geld bei Wechsel in günstigere Steuerklasse

Die Höhe des Elterngelds berechnet sich nach dem durchschnittlichen monatlichen Einkommen der letzten zwölf Monate. Dabei gilt das Einkommen abzüglich gezahlter Steuern. Wer also etwa während der Schwangerschaft in eine günstigere Steuerklasse wechselt und weniger Steuern zahlt, erhält ein höheres Elterngeld. Ein solcher Wechsel der Steuerklasse ist nach Ansicht des Bundessozialgerichts durchaus zulässig und rechtsethisch nicht verwerflich. ■

BSG vom 25. Juni 2009
– B 10 EG 3/08 R

Mehr Wissen

Zum Nachschlagen

Typische Fragen zum Arbeitsrecht beantwortet das neue Handbuch des Bundverlags, Kittner/Zwanziger (Hrsg.): **Arbeitsrecht. Handbuch für die Praxis**, Bund-Verlag, Frankfurt, 2009. Neben den Themen Beendigung eines Arbeitsverhältnisses und Arbeitsgerichtsverfahren beschäftigen sich die Autoren auch mit sozial- und lohnsteuerrechtlichen Vorschriften. Zum Buch gehört eine CD, die über 360 Musterverträge, Formulare und Schriftsätze anbietet. Sie können direkt heruntergeladen und weiterverarbeitet werden.

► www.bund-verlag.de

KÜNDIGUNG

Schläger dürfen sofort entlassen werden

Eine Schlägerei unter Kollegen kann eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen. Das gilt auch dann, wenn der Gekündigte zuvor nie wegen eines ähnlichen Vorfalls abgemahnt wurde. Eine einmalige schwerwiegende Tötlichkeit reicht als Grund also aus. Dabei spielt es auch keine Rolle, wer zuerst geschlagen oder wer die Schlägerei provoziert hat.

Wer allerdings angegriffen wurde und nur in Notwehr zugeschlagen hat, kann nicht gekündigt werden. Es reicht auch nicht aus, wenn das Opfer durch sein Verhalten zur Verschärfung eines verbalen Konflikts beigetragen hat.

Schwere Beleidigungen oder Provokationen eines Arbeitskollegen, durch die eine schwere Tötlichkeit ausgelöst wurde, können allerdings ebenfalls ein eigenständiger Grund für eine außerordentliche Kündigung sein. ■

BAG vom 18. September 2008
– 2 AZR 1039/06

KRANKENVERSICHERUNG

Praxisgebühr ist nicht verfassungswidrig

Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen müssen auch weiterhin zehn Euro Praxisgebühr pro Quartal zahlen, wenn sie nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Befreiung erfüllen. Für das Bundessozialgericht ist diese Gebühr nicht verfassungswidrig. Sie füge sich nahtlos in das System der sonstigen Zuzahlungen ein, wie etwa bei Arznei- Heil- und Hilfsmitteln. Damit blieb die Klage eines Versicherten in allen Instanzen erfolglos. ■

BSG vom 25. Juni 2009
– B 3 KR 3/08 R

BETRIEBSRAT

Bei Wahlen im Netz auf Sicherheit achten

Wahlausschreiben dürfen nur dann in elektronischer Form bekannt gemacht werden, wenn sich alle Beschäftigten auch garantiert auf diesem Weg darüber informieren können. Außerdem muss der Wahlvorstand sicher stellen, dass nur er das Dokument verändern kann. Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen müssen also gewährleisten, dass niemand außer dem Wahlvorstand auf das Dokument zugreift.

Der Wahlvorstand muss die eingereichten Wahllisten nach Eingang umgehend – möglichst innerhalb von zwei Arbeitstagen – prüfen. Ist eine Liste ungültig oder beanstandet er sie aus anderen Gründen, muss er den Listenvertreter umgehend schriftlich über seine Gründe informieren. Dabei erstreckt sich seine Prüfungspflicht auf alle Umstände, die die Gültigkeit in Frage stellen könnten. ■

BAG vom 21. Februar 2009
– 7 ABR 65/07

KURZARBEIT

Betriebsvereinbarung gilt auch für Urlauber

Wenn nicht ausdrücklich anders geregelt, gilt eine betriebliche Vereinbarung über Kurzarbeit Null auch für Beschäftigte, die bereits zuvor für den Zeitraum der Kurzarbeit Urlaub gewährt bekommen hatten. Die Arbeitspflicht wird durch die Kurzarbeit aufgehoben. Urlaub kann nicht mehr gewährt werden. Nach Ende der Kurzarbeit muss der Arbeitgeber Urlaubsansprüche, die Beschäftigte nicht verbraucht haben, nachträglich gewähren. ■

BAG vom 16. Dezember 2008
– 9 AZR 164/08

❖ Stellenangebot

■ Die IG Metall-Verwaltungsstelle Bamberg sucht zur Verstärkung ihres Teams **eine politische Sekretärin** oder **einen politischen Sekretär**. Es handelt sich um eine unbefristete Vollzeitstelle, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen ist. Die Bewerbungsfrist endet am 22. Juli. ■

Infos zur Stelle und Kontakt:

- www.extranet.igmetall.de
→ IG Metall
→ Stellenausschreibung

❖ Kug-Rechner

■ Die Bundesagentur für Arbeit hat einen Kurzarbeitergeld-Rechner entwickelt. Der Online-Kalkulator ermittelt auf einfache und schnelle Weise das zu erwartende Arbeitsentgelt (Nettolohn) bei Kurzarbeit. ■ Der Kug-Rechner im Netz :

- <http://kugrechner.arbeitsagentur.de/>

❖ Wirtschaft

■ Horizont bleibt düster

Keine seriösen Anhaltspunkte für ein schnelles Ende der Krise sehen derzeit die Wirtschaftsexperten der IG Metall. Die Metallindustrie treffe die Krise besonders hart: Im März gingen die Aufträge im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 40 Prozent zurück. Die Produktion schrumpfte um fast ein Drittel.

Und inzwischen geht auch die Beschäftigung zurück. Ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit steht aber erst noch bevor: im nächsten Jahr. ■

Die komplette Studie:

- www.extranet.igmetall.de
→ Themen
→ Wirtschaft
→ Wirtschaftspolitische Informationen (3/2009)

Was die Welt bewegt

Rechner. Die Regierung hat für 2010 schon 86,1 Milliarden Euro Neuverschuldung eingeplant. Ökonomen sagen deshalb: Die Steuern müssen rauf. Doch CDU und CSU versprechen für nach der Wahl 15 Milliarden Euro Steuererleichterungen, die FDP sogar bis 35 Milliarden. Gleichzeitig wollen alle Schulden abbauen. Wie das funktioniert? Mit höherer politischer Mathematik. Die kennen wir ja schon von früheren Wahlen, zum Beispiel 2005. Da kündigte die CDU vorher zwei Prozent Mehrwertsteuererhöhung an, die SPD null Prozent. Addiert ergab das drei Prozent. Wer nach der Wahl mehr im Geldbeutel erwartet, sollte vielleicht noch mal nachrechnen.

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

- direkt@igmetall.de

Pietät. Die Krise hat die Menschen so verunsichert, dass sie an allem sparen. Ein Bestattungsunternehmer aus Kassel beantragte Kurzarbeitergeld mit der Begründung, er habe keine Aufträge mehr, weil zurzeit zu wenig gestorben würde. Da die Arbeitsagentur das Kug ablehnte, ist jetzt guter Rat tödlich. ■

Sonne. Die Deutsche Bahn gibt uns Rätsel auf. »Liebe Sonnenanbeter. Irgendwo ist immer Sommer«, wirbt sie in Anzeigen. Will sie, dass wir lieber bei Luft-hansa buchen? Oder hat sich nur der Fehlerteufel in den Text geschlichen und es sollte heißen: »Irgendwann ist immer Sommer?« Man muss nur lange genug auf den Zug warten.

